

Nutzung der Fernwärme im Land Bremen

(Große Anfrage der Fraktion der CDU)

Bremische Bürgerschaft (Landtag) – 17. Wahlperiode – 34. Sitzung am 11.12.2008

[...]

Abg. **Jens Dennhardt (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Uns liegt die Antwort des Senats zur Großen Anfrage der CDU-Fraktion zur Nutzung der Fernwärme im Land Bremen vor. Schon 1996 ist die öffentliche Hand in Bremen und Bremerhaven mit gutem Beispiel vorangegangen und hat im Rahmen des Fernwärmebündnisses mit der damaligen Stadtwerke Bremen AG einen Großteil der öffentlichen Gebäude an die Fernwärmenetze angeschlossen.

Die Antwort des Senats zeigt heute sowohl in den Erzeugungsanlagen als auch in den bestehenden Leitungsnetzen Potenziale für den Anschluss neuer Nutzerinnen und Nutzer auf. Entsprechend sind nach Auffassung des Senats die technischen Voraussetzungen für einen weiteren Ausbau der Fernwärmenutzung in Bremen und Bremerhaven gegeben. Besonders günstig sind die Voraussetzungen im Bremer Westen. Darüber hinaus sind auch dezentrale Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung oder Heizwerke auf der Basis erneuerbarer Energien in Verbindung mit Nahwärmenetzen gut für die Bereitstellungen von Wärme geeignet. Entsprechend werden sie zum Beispiel für die geplante Bebauung am Stadtwerder angestrebt. Der weitere Ausbau der Fernwärme ist erklärtes politisches Ziel der rot-grünen Koalition. So haben wir in unserer Koalitionsvereinbarung erklärt, dass wir zur CO₂-Minderung das Nah- und Fernwärmenetz ausbauen wollen. Die Kraft-Wärme-Kopplung, und die Nutzung der so gewonnenen Wärme für die Nah- und Fernwärmeversorgung ist ein wichtiger Beitrag zur Erhöhung der Energieeffizienz. Entsprechende Maßnahmen wie der Ausbau des Fernwärmenetzes in der Überseestadt finden sich im Aktionsprogramm Klimaschutz 2010, das wir heute schon debattiert haben. Es stimmt also nicht, wenn Herr Imhoff behauptet, hier würde nichts getan werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch in dem dort zugrunde liegenden Bürgerschaftsbeschluss vom 20. September 2007 haben wir in Punkt 3 unser besonderes Augenmerk auf die Möglichkeiten zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und der Fernwärmeversorgung gelegt. Fernwärme ist für die Verbraucher mit relativ geringem technischen Aufwand bei Anschluss und Betrieb nutzbar. Entsprechend sind die Investitionskosten für den Fernwärmeanschluss häufig geringer als der Einbau einer Gas- oder Ölheizung. Auch die Rahmenbedingungen – Herr Imhoff hat es schon angesprochen – für die Betreiber von Fernwärmenetzen haben sich durch die Novellierung des Gesetzes zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung verbessert, weil nun Zuschüsse für den Neu- und Ausbau von Wärmenetzen möglich sind. Ein Vorteil ist auch, dass für Nah- und Fernwärme eine Vielfalt von Brennstoffen genutzt werden kann. Neben klassischen fossilen Brennstoffen, wie zum Beispiel Kohle, können beispielsweise auch Abfall und Biomasse genutzt werden. Ein wichtiges Beispiel hierfür ist das neue swb-Kraftwerk auf der Basis der Verbrennung von Abfällen mit mittlerem Heizwert, Mittelkalorik. Eine wirtschaftliche Versorgung mit Fernwärme ist auf eine hohe Dichte der Wärmeabnehmer angewiesen. Deshalb wird immer wieder ein Anschlusszwang in entsprechenden Gebieten erwogen, Herr Imhoff hatte dies auch angesprochen. Die

netzgebundene Energieversorgung mit Fernwärme führt jedoch zu Monopolen. Die Erfahrungen mit den Gas- und auch den Strompreisen legen spätestens im Falle eines Anschlusszwanges den Gedanken an eine öffentliche Preiskontrolle nahe. Fernwärme hält aber vor allem dann dem wirtschaftlichen Vergleich stand, wenn eine ausreichende Nähe zum Ort der Energieerzeugung erreicht werden kann. Fernwärme setzt damit Energieerzeugung und Beschäftigung in Bremen voraus, und damit knüpfen wir an das, was Herr Imhoff gefordert hat, an. Hier müssen wir entsprechende Perspektiven für die Planung für 2020 entwickeln. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

[...]